

Kontinuität der Grundsätze bei gleichzeitiger Modernisierung
der Parteiarbeit gewährleisten eine stabilisierende Reform

Die CDU nach den Wahlen 1998 und 1999

Hans-Joachim Veen

Einen Augenblick schien es, als sei mit der Niederlage von 1998 der Anfang vom Ende der erfolgreichsten Partei im Nachkriegsdeutschland eingeläutet. War das Wahlergebnis das Resultat tief greifender Verschiebungen in den Wertorientierungen der deutschen Nachkriegsgesellschaft? Hat sich die CDU nach fünfzig Jahren der Prosperität am Ende zeitgeschichtlich überlebt? Ist das christlich-demokratische Gedanken- gut angesichts grundsätzlicher Säkularisierungsprozesse in der post-industriellen Gesellschaft erschöpft und nicht mehr geeignet, weltanschauliche Grundlage einer breit angelegten Volkspartei der Mitte zu sein? Ist die politische Mitte, auf die die CDU ihre Erfolge in der Vergangenheit immer gestützt hat, und die sie über Jahrzehnte repräsentierte, ideologisch ausgangs des zwanzigsten Jahrhunderts nach links gewandert und zu der von der SPD proklamierten „neuen Mitte“ geworden? Welche Zukunftsoptionen hat die CDU nach 1998?

Welche Konsequenzen hat die CDU aus der Wahlniederlage gezogen, welche stehen noch an? Zunächst aber: Wie tief greifend waren die Motive, die zum Regierungswechsel geführt haben, wirklich? Sodann: Wie hat sich das Parteiensystem nach der

Bundestagswahl verschoben, und wie sehen die Zukunftschancen der CDU mit Blick auf das veränderte Parteiensystem, die neue Wählerlandschaft und die Ergebnisse des Wahlmarathons 1999 mit seinen acht Landtagswahlen und der Europawahl aus?

Anstieg der Wechselwähler

Tatsächlich waren es viele Wähler der Mitte, die 1998 von den Unionsparteien zur SPD umschwenkten. Vor allem waren es so genannte Wechselwähler der jüngeren und mittleren Generationen, die besser gebildet und besser verdienend sind und die keine ausgeprägte Parteiloyalität mehr kennen. Der Anteil dieser Wechselwähler ist seit den siebziger Jahren in Deutschland kontinuierlich gestiegen, er liegt heute bei rund fünfzig Prozent aller Wähler. Diese Wähler wollten den Regierungswechsel aus Unzufriedenheit mit der langjährigen Regierung, und die SPD machte ihnen diesen Wechsel mit einer professionellen Kampagne *middle of the road* leicht. Sie propagierte erfolgreich den rhetorischen Spagat von Modernität und sozialer Gerechtigkeit und konnte die zu Grunde liegenden Widersprüche in den Zielrichtungen vor allem angesichts

des Überdrusses an der bisherigen Regierung überspielen. Sie versprach, nicht alles anders, aber vieles besser zu machen, das Land zu modernisieren und zugleich sozial gerechter zu gestalten. Damit konnten die Ängste vieler Wähler vor dem Risiko eines Regierungswechsels besänftigt werden. Die Wähler der Mitte, die auf diese Weise sanft zum Parteiwechsel animiert wurden, sind also keineswegs ideologisch nach links gerückt, indem sie diesmal die SPD wählten, denn sie wählten eine SPD, die sich wie eine modernisierte, „bessere“ CDU präsentierte, nicht zuletzt mit ihrem ursprünglichen Personaltablau. Das Wahlergebnissignalisiert demgemäß alles in allem keine grundsätzlichen Verschiebungen in den Wertgrundlagen der Deutschen. Die Mitte, die die CDU abwählte, hatte mehr oder weniger konkrete Gründe, wäblersoziologisch und weltanschaulich ist sie jedoch die geblieben, die sie zuvor war. Das bedeutet auch, dass von einer neuen, stabilen Wählerbasis für die Parteien der Linken, SPD und Bündnis 90/Grüne, nicht gesprochen werden kann. Die Wechselwähler der Mitte werden auch künftig kritisch, distanziert, beweglich und notorisch undankbar bleiben. Der Schwerpunkt des Parteiensystems wurde demgemäß nur oberflächlich nach links verschoben. Die Bundestagswahl von 1998 hat allerdings wie keine bisherige gezeigt, wie hochgradig die Volatilität der Wähler inzwischen ist, wie groß ihre Bereitschaft, von Wahl zu Wahl ihre Parteipräferenz zu ändern, und nicht zuletzt, wie sehr sie von einer professionell gemachten und langfristig aufgebauten Wahlkampagne beeindruckt werden können. Viele entschieden sich erst in den letzten Wochen vor der Wahl, und das heißt, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Didaktik der Kampagnen. Bereits vier Monate später wurde diese pragmatische

Interpretation eindrucksvoll demonstriert. Bei den Landtagswahlen in Hessen am 7. Februar 1999 gewann die CDU wider Erwarten gegen die rot-grüne Regierung, indem sie die wachsende Unzufriedenheit im Lande mit der rot-grünen Bundesregierung thematisierte und insbesondere auf die Frage der Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft fokussierte.

Weichenstellungen nach der Wahl

Noch in der Nacht der Niederlage trat Bundeskanzler Helmut Kohl als Parteivorsitzender zurück. Sein designierter Nachfolger, der bisherige Fraktionsvorsitzende und langjährige intellektuelle Motor der Regierungsarbeit, Wolfgang Schäuble, verhinderte erfolgreich eine weit reichende parteiinterne Auseinandersetzung mit den letzten Jahren der Ära Kohl und den Ursachen der Wahlniederlage. Damit konnten sich andeutende Flügelkämpfe in der Partei, die sich bei vielen bereits mit der Sorge um den Zerfall der Union in ihre Gruppierungen und unterschiedlichen Traditionslinien verband, neutralisiert werden. Der langjährige Parteivorsitzende wurde zum Ehrenvorsitzenden der CDU mit Sitz und Stimme in allen Gremien gewählt. Daneben stellte Schäuble diskret, aber entschieden die Weichen für die personelle, programmatische und organisatorische Erneuerung der Partei. Dabei verfolgte er drei Ziele: erstens die Kontinuität im Grundsätzlichen zu wahren, zweitens die konkreten Politikansätze und die Parteiarbeit zu modernisieren und drittens die Parteiführung zu verjüngen. Bereits am 7. November 1998 wählte die CDU ein neues Präsidium und einen neuen Bundesvorstand. Vorsitzender wurde mit 93 Prozent der Stimmen erwartungsgemäß Wolfgang Schäuble, Generalsekretärin wurde

auf seinen Vorschlag erstmals eine Frau, dazu noch aus Ostdeutschland, Angela Merkel. Von vierzehn Präsidiumsmitgliedern ist die Hälfte ersetzt worden, im 26-köpfigen Vorstand wurden zehn Personen ausgetauscht. Die Neuwahlen brachten mit der Verjüngung auch eine Stärkung der reformerischen Kräfte in der Partei. Nicht zuletzt vermied es der neue Parteivorsitzende, mit seiner Wahl bereits eine Verbindung zur Kanzlerkandidatur der Unionsparteien für die Bundestagswahl 2002 herzustellen. Diese Frage wurde bewusst ausgeklammert und in der Schwebe gehalten, auch mit Rücksicht auf die selbstbewusste bayerische Schwesterpartei CSU und ihren ambitionierten Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, die kurz vor der Bundestagswahl die bayerischen Landtagswahlen am 13. September 1998 mit 52,9 Prozent glänzend gewonnen hatten.

Die Erfurter Leitsätze

So gelang es Schäuble, den tiefen Fall und den Übergang der Partei in die Opposition abfedernd und ohne quälende Motivforschung und weitere Verletzungen aufzufangen und die Skeptiker zu widerlegen, die die Partei nach Kohl und dem Verlust des Kitts der Macht bereits auseinander brechen sahen. Zur erfolgreichen Transformation von Partei und Fraktion trug wesentlich bei, dass die neue Parteiführung bereits kurz nach ihrer Wahl einen Programmparteitag für Ende April 1999 in Erfurt ankündigte, auf dem die Erneuerung der Partei programmatisch und organisatorisch diskutiert werden sollte. Mit dieser Perspektive gelang es auch, die Fraktion auf die neue Rolle als Opposition für die volle Legislaturperiode zu verpflichten. Programmatische Erneuerung und Oppositionsstrategie sol-

len nach den Vorstellungen des Partei- und Fraktionsvorsitzenden und der Generalsekretärin darauf abzielen, bei der nächsten Bundestagswahl im Jahre 2002 die rot-grüne Regierung abzulösen.

Auf dem Programmparteitag vom 25. bis 27. April 1999 in Erfurt wurden die „Erfurter Leitsätze – Aufbruch 99“ verabschiedet, in denen der Ausgangspunkt der Arbeit und die Themenschwerpunkte für die kommenden Jahre beschrieben werden. Die Besonderheit der Erfurter Leitsätze liegt darin, dass in ihnen noch keine endgültigen Antworten gegeben werden, sondern dass zunächst die Themenschwerpunkte für die Arbeit der nächsten Jahre identifiziert werden, auf die die Partei in den kommenden Jahren Antworten finden will. Demgemäß war auch der Erfurter Parteitag als Diskussionsparteitag konzipiert, der nicht das Ende, sondern erst den Anfang einer eingehenden innerparteilichen Erörterung sein soll: Geplant ist, diese Diskussion bis spätestens 2001 abzuschließen, um für den Kampf um die Wiedergewinnung der Macht im Jahre 2002 gewappnet zu sein. In den Erfurter Leitsätzen wird eingangs betont, dass es sich hier nicht um eine Neubestimmung der Grundwerte und des christlichen Menschenbildes und auch nicht um ein neues Grundsatzprogramm handelt, sondern darum, die großen politischen Herausforderungen der Zukunft zu bestimmen und Problemlösungen zu erarbeiten. Tatsächlich gründen wesentliche Passagen auf dem „Zukunftsprogramm“ der CDU, das unter Federführung Schäubles bereits vor der Bundestagswahl 1998 erarbeitet worden war.

Im ersten Teil der Erfurter Leitsätze werden die ehrgeizigen Ziele formuliert, „die modernste Partei Europas“ werden zu wollen, unter anderem mehr Frauen in Entscheidungspositionen zu bringen, die Kumula-

tion von Vorstandsämtern auf maximal drei pro Parteimitglied zu begrenzen, die Partei auch für Nichtmitglieder zu öffnen, die Chancen für Seiteneinsteiger, Kandidaturen zu übernehmen, zu verbessern und neue offene Formen der Diskussion zu schaffen. Bürgerinitiativen und Gruppen außerhalb der Partei sollen in Dialog mit ihr gebracht und nicht zuletzt die Rechte der Mitglieder bei der Bestimmung des politischen Kurses und bei Kandidatenaufstellungen verbessert werden.

Aktive Bürgergesellschaft

Die programmatische Erneuerung hat als Leitbild, die Eigenverantwortlichkeit und die Selbstständigkeit der Menschen zu stärken. Der umverteilende Sozialstaat soll durch eine „aktive Bürgergesellschaft“ ersetzt werden und den Menschen und den kleinen politischen Einheiten Entscheidungsrechte und Entscheidungsmöglichkeiten zurückgeben, um dem Prinzip der Subsidiarität nicht nur in der Theorie, sondern in der Wirklichkeit des Lebens Geltung zu verschaffen. Um hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, will die CDU unter anderem die Steuersätze „spürbar“ senken. Die Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen, die sozialen Sicherungssysteme sollen dereguliert und auf wirklich Bedürftige konzentriert werden.

Ein weiteres zentrales Reformfeld ist die Bildungspolitik. Hier sollen die Leistungsanforderungen der Schule erhöht und die Schuldauer verkürzt werden. In der Familienpolitik soll mit der Vereinbarkeit von Familie und qualifizierter Berufstätigkeit der Frau nachhaltig Ernst gemacht, aber auch die Erziehungsleistung der Mütter und Väter als Arbeit mit eigenen Rentenansprüchen anerkannt werden.

Die Erfurter Leitsätze sollen die Partei wieder „mitten ins Leben“ einer sich rasant ändernden Gesellschaft stellen, sie nach außen dialogfähig machen und an die Kommunikationsgesellschaft ankoppeln.

Richtige Fragestellungen

Die Erfurter Leitsätze enthalten, wie gesagt, in wesentlichen Fragen noch keine Antworten, sondern richtungsweisende Anregungen und Arbeitsaufträge für die politisch-programmatische Erneuerung in den nächsten Jahren. Der Parteitag setzte vier Arbeitsgruppen ein, eine zur Erarbeitung eines Konzepts „Familie 2000“, das die Vereinbarkeit von qualifizierter Berufstätigkeit der Frau und Familiengründung voranbringen will und bereits auf dem kleinen Parteitag im Dezember 1999 unter dem Titel „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ verabschiedet wurde. Die zweite Arbeitsgruppe soll den „Sozialstaat 21“ konzeptionell entwickeln, die dritte unter dem Titel „Kleine Einheiten“ ein Modell zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Modernisierung des Föderalismus vorlegen und die vierte ein Konzept zur Bildungspolitik erstellen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen „Sozialstaat 21“ und „Kleine Arbeitsgruppen“ sollen auf dem Bundesparteitag im Jahre 2001 verabschiedet werden, die zur Bildung bereits im April 2000. Mit diesem Prozess der Erarbeitung von Kompetenz will sich die Partei, wie die Generalsekretärin und auch der Parteivorsitzende immer wieder betonen, Zeit nehmen; ein vorzeitiger Wiedereintritt in die Regierung, etwa in eine große Koalition, wird eindeutig abgelehnt, stattdessen bekräftigt, dass die Union den Oppositionsauftrag der Wähler für die volle Legislaturperiode angenommen habe.

Die CDU nach den Wahlen 1998 und 1999

Inzwischen stellte die Rasanzen der Veränderungen im Wahljahr 1999 den lang gestreckten Zeitplan bereits infrage. Die CDU hat schneller als erwartet in den Ländern und damit auch im Bund Regierungsverantwortung zurückgewonnen; sie wurde vom raschen Verfall der Berliner Regierungsparteien in den Landtagswahlen, bei der Europawahl und nicht zuletzt bei den sechs Kommunalwahlen 1999 quasi überrollt. Die Union hatte bei den Landtagswahlen und der Europawahl (siehe Tabelle) fast durchgängig beträchtliche Zugewinne zwischen vier und mehr als neun Prozentpunkten zu verzeichnen; nur in Sachsen verlor sie leicht (minus 1,2 Punkte), erzielte dort gleichwohl eine glänzende absolute Mehrheit.

Demgegenüber verlor die SPD seit der Europawahl im Juni 1999, der ersten nationalen Zwischenbilanz nach der Bundestagswahl 1998, fortlaufend, mehrfach massiv an Wählerunterstützung. Bündnis 90/Die Grünen büßten durchweg Stimmen ein. Demgegenüber gewann die PDS durchgängig, in Sachsen und Thüringen schob sie sich sogar vor die SPD.

Die Bundestagswahl 1998 veränderte nicht nur die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse im Bund, sondern darüber hinaus

den Stellenwert der Unionsparteien im Parteiensystem. Denn die Wahl etablierte wohl auf längere Zeit die PDS als fünfte Partei im Bundestag. Die Landtagswahlen und die Europawahl 1999 stabilisierten die PDS weiter.

Das Parteiensystem nach den Wahlen

Damit wurde zunächst die Dreispaltung des Parteienlagers links der Mitte zementiert, was die SPD einerseits in eine schwierige Mehr-Frontenposition gebracht hat, andererseits erweiterten sich damit die Optionen der Sozialdemokraten für Regierungskoalitionen in den Ländern und auch auf Bundesebene. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern regiert die SPD bereits mit Hilfe der PDS. Während die SPD somit überall Optionen der Koalitionsbildungen verfügt, gilt dies für die Union bislang nur in Bezug auf SPD und FDP. Da eine Zusammenarbeit mit der post-kommunistischen PDS aus grundsätzlichen Gründen nach wie vor außer Frage steht, muss die CDU die Frage nach weiteren Koalitionsoptionen ausloten, für die nach Lage der Dinge nur Bündnis 90/Die Grünen in dem einen oder anderen Bundesland denkbar ist. Allerdings ist diese Option oberhalb der kom-

	CDU/ CSU	Diff.	SPD	Diff.	Grün	Diff.	FDP	Diff.	PDS	Diff.
BTW 98	35,1	-6,3	40,9	+4,5	6,7	-0,6	6,2	-0,7	5,1	+0,7
Hessen 99	43,4	+4,2	39,4	+1,4	7,2	-4,0	5,1	-2,3	-	-
Bremen 99	37,1	+4,5	42,6	+9,2	8,9	-4,2	2,5	-0,9	2,9	+0,5
Europawahl 99	48,7	+9,9	30,7	-1,5	6,4	-3,7	3,0	-1,1	5,8	+1,1
Saarland 99	45,5	+6,9	44,4	-5,0	3,2	-2,3	2,6	+0,5	0,8	+0,8
Brandenburg 99	26,5	+7,8	39,3	-14,8	1,9	-1,0	1,9	-0,3	23,3	+4,6
Thüringen 99	51,0	+8,4	18,5	-11,1	1,9	-2,6	1,1	-2,1	21,3	+4,7
Sachsen 99	56,9	-1,2	10,7	-5,9	2,6	-1,5	1,1	-0,6	22,2	+5,7
Berlin 99	40,8	+3,4	22,4	-1,2	9,9	-3,3	2,2	-0,3	17,7	+3,1

munalen Ebene, wo schwarz-grüne Koalitionen auf dem Vormarsch sind, angesichts der zum Teil konträren Programmatiken und der noch tief sitzenden Ressentiments auf beiden Seiten bis auf weiteres nur eine theoretische. Gleichwohl wird in den nächsten Jahren sehr sorgfältig zu prüfen sein, wie sich Bündnis 90/Die Grünen gerade im Zuge ihrer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene programmatisch verändern, unter Umständen moderater, liberaler werden und die gemeinsamen Schnittmengen sich auch unter Berücksichtigung der Programmdiskussionen in der CDU weiterentwickeln, sei es in einzelnen Bundesländern, sei es auch auf der Ebene des Bundes. Das Ausloten zusätzlicher Koalitionsoptionen ist für die Union umso dringlicher, als die Frage nach dem Überleben der FDP oberhalb der Fünf-Prozent-Marke immer offener wird. Die FDP hat bei allen Wahlen 1999 (außer im Saarland, wo sie um 0,5 Punkte auf 2,6 Prozent zulegte) weiter verloren, in Hessen kam sie gerade noch auf 5,1 Prozent. Das muss kein Präjudiz für die Bundestagswahl 2002 sein, die FDP ist ohnehin in erster Linie eine Bundespartei, und sie wird schon seit längerem primär funktional, das heißt zwecks Mehrheitsbildung, gewählt. Das Bundestagswahlrecht mit seinen zwei Stimmen erleichtert ihr diese Rolle. Gleichwohl muss die FDP, will sie bundespolitisch überleben, auch in Ländern und Kommunen sichtbar bleiben und ihre Parteiorganisation auf kommunaler und Länderebene am Leben erhalten können; andernfalls läuft sie Gefahr, allmählich zu verdorren und aus dem Blickfeld der Wähler zu verschwinden. Hinzu kommt das Problem der politisch-ideellen Auszehrung des Parteiliberalismus, dessen politische Substanz sowohl von der Sozialdemokratie Schröderscher Prägung als auch von der CDU zunehmend aufgeso-

gen und in neue programmatische Mixturen integriert wird. Auch bei Bündnis 90/Die Grünen könnten sich die öko-libertären Elemente programmatisch verstärken. Es ist nicht ohne Paradoxie, dass mit dem Heraufziehen eines liberalen Zeitalters, in dem der Staat von seiner Allzuständigkeit Abschied nimmt und seinen sozialstaatlich-fürsorgenden Charakter reduziert, in der die Verantwortlichkeit des Einzelnen für die Absicherung seiner Lebensrisiken wieder wächst, in der Individualisierung zunimmt und Subsidiarität gegenüber kollektiven Großorganisationen eingefordert wird, kurzum, dass in dem Maße, in dem der politische Liberalismus gesellschaftliche Realität wird, er sich als Parteiformation am Ende erschöpft haben könnte.

Veränderungen der Wählerlandschaft

Entscheidender Ausgangspunkt für die Zukunftschancen der CDU sind die Veränderungen der Wählerlandschaft im vereinten Deutschland. Sie sind durch ein hohes Maß an Entideologisierung, Auflösung der traditionellen sozial-kulturellen Milieus, Säkularisierung, Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile gekennzeichnet. Die breite Mitte der Wechselwähler, inzwischen rund die Hälfte der Wähler, wählt kritisch, distanziert, unideologisch und ausgeprägt sach- und kompetenzorientiert. Dies gilt auch für die Mehrzahl der Christen beider Konfessionen. Konfessionell ist das vereinte Deutschland eine Drei-Drittel-Gesellschaft, ein Drittel sind Katholiken, ein Drittel Protestanten, ein Drittel sind konfessionslos oder gehören einer anderen Konfession an; regional muss mit Blick auf Ostdeutschland von einer Zwei-Drittel-Gesellschaft der Konfessionslosen gesprochen werden. Auf dieser pluralen und individualisierten Wähler-

soziologie gründet der verhaltene Optimismus, mit dem die CDU ihre schwere Niederlage von 1998 verarbeitet hat. Dazu hatte der hessische Wahlsieg der CDU bereits vier Monate nach der Bundestagswahl psychologisch wesentlich beigetragen. Auch die folgenden Wahlsiege im Wahlmarathon 1999 haben gezeigt, dass die CDU sich keineswegs in einem ideengeschichtlichen Abstieg befindet, sondern auch heute und in Zukunft noch Wahlen gewinnen kann. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, dass die CDU-Erfolge 1999 stark von der Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung gespeist wurden. In Thüringen, Sachsen und Berlin kommen ausgeprägt landespolitische Bestimmungsgründe hinzu.

Entzauberung der „neuen Mitte“

Natürlich hat jede Landtagswahl ihre eigene Ausgangslage, gleichwohl lohnt die Zusammenschau der wesentlichen Wählerbewegungen, wie sie die These von der wachsenden Volatilität der Wähler eindrucklich bestätigt. Vor allem die SPD hat bei den Landtagswahlen gleichermaßen an zwei Fronten verloren: überwiegend jüngere Wähler, Angestellte, Beamte und Selbstständige, vor allem an die CDU, Arbeitslose, ältere Wähler und Rentner in den neuen Ländern vornehmlich an die PDS. Es ist also nicht korrekt, dass die SPD nur durch Wahlenthaltung Stimmen verlor. Die Wahlserie 1999 entzauberte nicht nur den werbewirksamen Begriff von der „neuen Mitte“ und führte ihn auf seine durchaus widerstreitenden Wählergruppierungen zurück, hier jüngere Mittelschichtenwähler, dort die klassische sozialdemokratische Klientel, die wohl nur angesichts des elementaren Bedürfnisses nach Wechsel 1998 für die SPD

zusammengefunden hatten, sie relativierte angesichts des Vorrangs bundespolitischer Bestimmungsgründe bei den Landtagswahlen auch der personalen Faktor in den Landtagswahlen selber. Denn sowohl in Hessen als auch im Saarland hatten bis zum Schluss die amtierenden Ministerpräsidenten Eichel und Klimmt deutlich vor den Herausforderern Koch und Müller rangiert, die größere Sympathie für sie wurde aber nicht wahlentscheidend. Auch Stolpe hatte als Ministerpräsident in Brandenburg mit siebzig Prozent Zustimmung weit vor Schönbohm mit nur 22 Prozent geführt, gleichwohl fiel die SPD dort auf 39 Prozent, während die CDU auf über 26 Prozent in der Wählergunst anstieg. Die Ergebnisse der Landtagswahlen machen deutlich, dass die Sympathiewerte für die Spitzenpolitiker allein immer weniger durchschlagend sind. Ein Ministerpräsidentenkandidat muss zugleich Kompetenz verkörpern, wie es in Thüringen, Sachsen und Berlin bei Vogel, Biedenkopf und Diepgen ausgeprägt der Fall war, und er darf den Bundestrend nicht massiv gegen sich haben.

Falsche Versprechungen

In jedem Fall zeigten die Zugewinne für die CDU, dass der Wechselmechanismus im parlamentarischen System der Bundesrepublik funktioniert: Die parlamentarische Opposition im Bundestag profitierte von der Abkehr der Wähler von den Berliner Regierungsparteien. Schon dies ist angesichts der auch kandidierenden rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Parteien, die ebenfalls Protest gegen die Regierung hätten auffangen können, ein gutes demokratisches Zeichen.

Aber bevor Folgerungen aus den Wählerbewegungen 1999 gezogen werden, ist es

wichtig zu wissen, warum die Wähler sich von den Berliner Regierungsparteien so massiv abgewendet haben. Die pessimistische Interpretation lautet, dass die Deutschen generell nicht bereit sind, irgendwelche Abstriche vom erreichten Wohlstandsniveau zu akzeptieren, und jedwede Reform, die ihnen Einschränkungen abverlangt, durch Stimmenentzug negativ sanktionieren. Die optimistische Interpretation lautet, dass SPD und Grüne abgewählt wurden, weil sie allzu vollmundige Versprechen gemacht hatten, die sie brachen und die Regierungspolitik unprofessionell, in sich widersprüchlich und, je nach Interesseneinfluss, hin und her schwankend war, dass ihr plausible Reformkonzeptionen fehlten. Zweifellos sind die Zukunftschancen der CDU vis-à-vis den Motivlagen gegenüber der Berliner Regierung zu beurteilen. Für die zweite Interpretation spricht, dass die mangelnde Professionalität und die offenbare Konzeptionslosigkeit ohne gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Leitbild, aber auch die unverfroren raschgebrochenen Versprechungen der neuen Regierung, ausweislich demoskopischer Erhebungen, die Wähler zur Union zurückbrachten, zumal die Unionsparteien noch in ihrer Regierungszeit Sparmaßnahmen und eine Rentenreform, die Abstriche verlangte, initiiert hatten. Außerdem hatte die CDU auch in den Landtagswahlkämpfen keinen Zweifel an der Notwendigkeit von Sparmaßnahmen gelassen. Das galt insbesondere für Thüringen und Sachsen, wo die CDU die absolute Mehrheit gewann.

Zukunftschancen der CDU

Die Chancen der CDU liegen demzufolge darin, sich wieder als zukunfts kompetente Partei mit einem gesellschaftspolitischen

Leitbild zu profilieren, die für die großen Herausforderungen der Zeit die besseren Antworten hat. Hier werden nur einige wesentliche Aufgaben genannt: Reform des traditionellen, nicht mehr finanzierbaren und die individuelle Leistung lähmenden Sozialstaates, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Wiedergewinnung von Selbstständigkeit und Eigenverantwortung gemäß dem Prinzip der Subsidiarität in einer aktiven Bürgergesellschaft und nicht zuletzt: die Skizzierung eines Familienleitbildes auf der Höhe der Zeit. Vor allem das gesellschaftspolitische Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft, das die Erfurter Leitsätze nur grob skizzieren, ist ein zeitgemäßes Modell für die Union, zumal es dem christlichen Menschenbild und dem Prinzip der Subsidiarität in besonderer Weise entspricht.

Für die nunmehr anstehende konzeptionelle Arbeit kann der Partei zugute kommen, dass sie als Volkspartei ideologisch und programmatisch breit fundiert ist und damit geistig offen für neue Herausforderungen und fähig zu unorthodoxen Problemlösungen jenseits der großen Ideologien und unabhängig von Einzelinteressen ökonomischer, sozialer und weltanschaulicher Art. Wesentlich wird sein, ob es der neuen Parteiführung gelingt, nach den langen Jahren der Entwöhnung wirklich eine breite kontroverse Diskussion zu entfachen und bei alledem die unterschiedlichen Flügel zusammenzuhalten. Die Integrationskraft der Parteiführung wird umso größer sein, desto näher die Chance des Machtwechsels rückt. Diese wird neben den eigenen Anstrengungen davon abhängen, wie erfolgreich sich die Regierungsparteien SPD und Grüne in den nächsten Jahren entwickeln. Jede Opposition profitiert von den Fehlern der Regie-

rung. Die bisherige Regierungsbilanz ist, wie die Umfragen zeigen, bemerkenswert negativ. Das Vertrauen in die Lösungsfähigkeit der rot-grünen Regierung war im Herbst 1999 auf seinem bisherigen Tiefpunkt. In der Mediengesellschaft von heute werden aber alle kommunikativen Prozesse beschleunigt: der Erfolg von Wahlkampagnen, die hochgradige Personalisierung, aber auch der rasche Wechsel der Stimmungen und Trends und die Abnutzung der Gesichter und politischen Symbole. In der Mediendemokratie wird alles kurzfristiger, der raschen Erfolgsmaximierung kann der ebenso rasche Verlust der Attraktivität der amtierenden Regierung folgen.

Die CDU hat ihre Hausaufgaben noch zu leisten, aber sie kann sie aus einer komfortableren Situation heraus erfüllen, denn die Siege 1999 haben die Mehrheitsverhältnisse

im Bundesrat verschoben, die unionsgeführten Länder haben im Bundesrat die relativ meisten Stimmen, 28 gegenüber 26 der SPD-geführten Länder, fünfzehn Stimmen sind „neutral“. Damit ist die Union aber auch schneller als vermutet über den Bundesrat wieder in die unmittelbare Mitverantwortung für die Bundespolitik gekommen. Angesichts dieser Entwicklung dürfte der ursprüngliche Zeitplan für die programmatische Erneuerung, der bis 2001 konzipiert war, verkürzt werden, um für die anstehenden Entscheidungen im Bundesrat, aber auch in den Ländern, eine Richtschnur zu haben. Zumindest in den wesentlichen Politikfeldern, in denen Zustimmungsgesetze anstehen, wird die Union eine einheitliche Position einnehmen müssen, will sie mit eigenem Profil und überzeugenden Konzepten mit Aussicht auf Erfolg in die Bundestagswahl 2002 gehen.

Gefährlich unpolitisch

„Man sage doch nicht, dass ‚Deutschland den Krieg nicht wolle‘! Erstens gibt es genug Leute, die die Erneuerung dieses Verbrechens wünschen – und zweitens ist es ja gerade jener ‚unpolitische‘ Typus, der so gefährlich ist. Diese ‚Unpolitischen‘ (‚Wissen Sie – ich kümmere mich nicht um Politik! Ich will Ordnung und Ruhe, und jeder soll haben, was ihm zukommt, und bei mir im Geschäft soll alles klappen!‘) – grade diese sind Mitläufer, Handlanger und Bejager der schlimmsten Untaten, wenn sie nur reglementsmäßig geschehen. Und sie geschehen. Wir werden das, zum zweiten Mal, erleben.“

Kurt Tucholsky (1890–1935)